

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

Vegetarierbund Deutschland e.V.  
Genthiner Str. 48  
10785 Berlin

## Fragen des Vegetarierbundes

### Themenbereich Besteuerung

---

1. Aktuell wird auf Kuhmilch der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7 % erhoben. Pflanzliche Alternativen (Soja-, Reis-, Hafermilch etc.), die eine bessere Umweltbilanz als Kuhmilch aufweisen, werden hingegen mit 19 % besteuert. Setzen Sie sich dafür ein, dass pflanzliche, umweltschonende Alternativen zukünftig wie Kuhmilch, d. h. mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 % besteuert werden?

*Eine Differenzierung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes bei unterschiedlichen Lebensmitteln ist nicht sachgerecht. Alle Lebensmittel sollten aus sozialen Gründen mit ermäßigtem 7 % besteuert werden. Das fordert DIE LINKE auch bei der Schulspeisung.*

2. Laut der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO trägt die weltweite landwirtschaftliche Tierhaltung in einem erheblichen Maße zum Ausstoß klimaschädlicher Gase bei und ist für bestehende und zukünftige Klimaprobleme mitverantwortlich. Gleichzeitig liegt der Fleischkonsum mit etwa 60 kg pro Kopf deutlich über dem globalen Mittelwert. Aktuell werden Fleisch und Fleischprodukte in Deutschland trotz dieser Entwicklungen jedoch nur mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz besteuert. Sind Sie, angesichts der entstehenden Umweltschäden, für eine Angleichung der Mehrwertsteuer für Fleisch und Fleischprodukte auf 19 %, um damit zur Verringerung des Fleischkonsums beizutragen?

*DIE LINKE spricht sich für eine Reduzierung des aktuell sehr hohen Fleischkonsums aus. Dazu werden auch Verhaltensänderungen gebraucht, die durch Änderungen der Mehrwertsteuer kaum erreicht werden dürften. Zielführender ist es, der Bevölkerung und vor allem den Kindern in Schulen und Kitas leckere fleischlose Alternativen aufzuzeigen. Fleischlose Tage in öffentlichen Speiseeinrichtungen könnten zu positiven Erfahrungen mit vegetarischer/veganer Kost genauso beitragen wie gemeinsam vegetarisch und vegan kochen zu lernen.*

3. Anfang 2013 hat sich eine schwedische Umweltbehörde aufgrund der schädlichen Auswirkungen der industriellen Tierhaltung für eine europaweite Umweltsteuer auf Fleisch und Fleischprodukte über die Mehrwertsteuer hinaus ausgesprochen, um so den Verbrauch zu senken und das Klima zu schonen. Sind Sie für eine solche Umwelt- bzw. Klimaabgabe?

*DIE LINKE unterstützt das Anliegen, den Fleischkonsum zu reduzieren. Allerdings hegen wir – wie bei der Umsatzsteuer bereits beschrieben – erhebliche Zweifel an der Wirksamkeit von*

*steuerpolitischen Maßnahmen, wenn sie auf Verhaltensänderungen abzielen. Hier favorisiert DIE LINKE ausgabenpolitische Maßnahmen – wie beispielsweise das bereits erwähnte verstärkte Angebot von leckeren fleischlosen Alternativen.*

#### Themenbereich Verbraucherschutz

---

4. Aktuell gibt es keine gesetzliche Definition der Begriffe „vegetarisch“ und „vegan“, Lebensmittelproduzenten können diese Begriffe daher im Zusammenhang mit Produkten verwenden, die nicht vegetarisch oder vegan sind. Sind Sie, angesichts der zunehmenden Zahl von Verbrauchern, die vegan oder vegetarisch leben bzw. ihren Konsum tierischer Produkte reduzieren möchten, für eine klare gesetzliche Definition dieser Begriffe?

*Ja. DIE LINKE fordert eine klare, wahre und verständliche Lebensmittelkennzeichnung. Daher müssen „vegetarisch“ und „vegan“ gesetzlich so definiert werden, dass Täuschung oder Irreführung nicht möglich und die Begriffe für Verbraucherinnen und Verbraucher nachvollziehbar sind.*

5. Menschen, die aus ethischen, Umwelt- oder Gesundheitsgründen auf tierische Inhaltsstoffe verzichten möchten, können sich nicht immer auf die Zutatenliste von Lebensmitteln verlassen. Nicht alle Inhaltsstoffe müssen derzeit gekennzeichnet werden. Die Angaben auf den Verpackungen besitzen keine ausreichende Aussagekraft. Sind Sie angesichts dieser Problematik, die viele Menschen in ihrem Alltag betrifft, für eine Kennzeichnungspflicht tierischer Stoffe (Zutaten, Aromen, Zusatz- und Verarbeitungshilfsstoffe) im Rahmen der Zutatenliste von Lebensmitteln?

*Ja. Es soll allen Verbraucherinnen und Verbrauchern möglich sein, selbstbestimmt zu leben und ihre Nahrungsmittel einzukaufen. Inhaltsstoffe tierischer Herkunft in Lebensmitteln sollten aufgrund ihrer ethischen, ökologischen und ggf. auch gesundheitlichen Bedeutung klar gekennzeichnet sein.*

6. Welche Position vertritt Ihre Partei hinsichtlich der grünen Gentechnik, also der gentechnischen Veränderung von Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen und deren Patentierung?

*DIE LINKE lehnt die Agro-Gentechnik ab, da sie dem Umwelt- und Verbraucherschutz widerspricht. Sie ist volkswirtschaftlich teuer und nutzlos. Sie vertieft die bereits bestehenden Abhängigkeiten zwischen der Landwirtschaft und den Saatgut- bzw. Agrarkonzernen. Gentechnikfreie Regionen sollten unterstützt werden. Ziel bleibt ein gentechnikfreies Europa. Das nationale Gentechnikgesetz ist zu verschärfen und die Regelungen zum Standortregister sind zu erweitern. Die Kontrollbehörden der Bundesländer sind personell zu stärken. Der Gentech-Mais MON 810 muss weiterhin verboten bleiben. Die Gentech-Kartoffel Amflora ist zu verbieten, Honig wirksam vor Gentech-Verunreinigungen zu schützen. DIE LINKE spricht sich für die Nulltoleranz aus, d. h. z. B. gentechnikfreies Saatgut muss auch weiterhin gentechnikfrei sein. DIE LINKE lehnt jeden Schwellenwert über der technisch machbaren Nachweisgrenze ab. Die Zukunft der gentechnikfreien Landwirtschaft und Imkerei*

*hängt vom gentechnikfreien Saatgut ab. Im Sinne des Verbraucherschutzes wird eine umfassende Lebensmittel-Kennzeichnung im Zusammenhang mit der Agro-Gentechnik benötigt. Die so genannte „Kennzeichnungslücke“ bei Produkten von Tieren gilt es zu schließen, wenn die Tiere mit Gentech-Futter gefüttert wurden. DIE LINKE spricht sich weiterhin gegen die Patentierung von Tieren, Pflanzen, Genen und anderem Leben aus.*

#### Themenbereich Veggietag

---

7. In immer mehr Kommunen und Betriebsrestaurants gibt es einen „Veggietag“, an dem ausschließlich oder fast ausschließlich fleischfreie Gerichte angeboten werden. Wie steht Ihre Partei dazu, einen wöchentlichen Veggietag in den Kantinen und Restaurants des Bundestags einzuführen, um als Parlamentarier mit gutem Beispiel voranzugehen?

*Ja. DIE LINKE würde einen wöchentlichen Veggietag in den Kantinen und Restaurants des Bundestages begrüßen. Allerdings gibt es schon heute im Menu-Angebot die Möglichkeit, sich in der Kantine jeden Tag vegetarisch (selten vegan) zu ernähren.*

8. Das Anliegen des fleischfreien Wochentags findet ein stetig wachsendes Echo in der Gesellschaft. Nicht nur Privatleute, sondern in zunehmendem Maße auch Städte und Gemeinden entschließen sich, unter anderem aus Gründen des Klimaschutzes, einen Veggietag einzuführen. Hier können öffentliche Einrichtungen mit gutem Beispiel vorangehen und durch das eigene Verhalten in der Bevölkerung Anreize zum Klimaschutz setzen. Unterstützt Ihre Partei daher das Anliegen eines wöchentlichen Veggietags in den Kantinen von öffentlichen Einrichtungen?

*Ja. DIE LINKE würden einen wöchentlichen Veggietag in allen Kantinen von öffentlichen Einrichtungen unterstützen, dass betrifft in besonderem Maße Kitas und Schulen. Hier sollte in Lehrküchen auch gemeinsam vegetarisch gekocht werden.*

#### Themenbereich Subventionen

---

9. Deutschland und die Europäische Union exportieren viel Fleisch und Fleischprodukte in Entwicklungsländer und schädigen dadurch die regionale Wirtschaft. Überproduktion und Exporte werden durch hohe Agrarsubventionen ermöglicht und befördert. Das Ziel dieser Subventionen, Märkte zu stabilisieren und die Versorgung zu sichern, wird nicht selten deutlich überboten. Anreize zu Exporten unter den Marktpreisen in Entwicklungsregionen sind die Folge. Ist Ihre Partei angesichts dieser Entwicklungen für eine Senkung derartiger Subventionen für die Herstellung bzw. den Export von Fleisch?

*DIE LINKE spricht sich seit Jahren sowohl gegen direkte als auch indirekte EU-Exportförderung aus. Wir kritisieren darüber hinaus generell die Exportorientierung der deutschen und europäischen Agrarwirtschaft, die sich unter der schwarz-gelben Bundesregierung deutlich verstärkt hat. An der EU-Agrarförderung der Gemeinsamen Agrarpolitik halten wir fest und begrüßen eine sozial-ökologischere Verwendung der EU-Gelder.*

10. In so gut wie allen Bereichen der Fleischproduktion hat Deutschland eine Selbstversorgungsquote von 100 % oder mehr erreicht. Die Versorgungssicherheit des deutschen Marktes ist somit gewährleistet. Trotzdem werden weiterhin große Stall- und Mastanlagen gebaut und subventioniert, obwohl vor Ort keine Nachfrage nach deren Erzeugnissen besteht. Sind Sie angesichts dieser Entwicklungen für eine Abschaffung der Subventionen für große Intensivtierhaltungsanlagen?

*DIE LINKE möchte die Investitionsförderung für mehr tier- und standortgerechte Stallanlagen einsetzen. Es geht uns dabei vor allem um einen Qualitätszuwachs in der Tierhaltung; also für bessere Tiergesundheit, bessere Arbeitsbedingungen und bessere ökologische Verträglichkeit in der Region. Dadurch würde es nicht zu einem Wachstum, sondern tendenziell zu einer Verringerung der Fleischproduktion kommen.*

#### Themenbereich Schule

---

11. Seit geraumer Zeit wird in Deutschland über eine Stärkung des Ernährungsunterrichts in den Schulen diskutiert, da es hier Defizite gibt. Zugleich erkennt die Deutsche Gesellschaft für Ernährung die gesundheitlichen Vorteile einer vegetarischen Ernährung an. Sind Sie angesichts der Vorteile für Umwelt und Gesundheit für eine Stärkung des Themas vegetarische bzw. fleischreduzierte Ernährung im Rahmen des Ernährungsunterrichts?

*Ja. DIE LINKE findet es wichtig, dass Kinder und Jugendliche in der Kita und in den Schulen mehr über ihre Ernährung und ihre Lebensmittel und deren Herkunft und ihre Zubereitung lernen. Daher werden mehr Lehrküchen in den Bildungseinrichtungen gebraucht. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass nicht zu jeder Mahlzeit Fleisch aufgetischt wird, sondern auch vegetarische oder vegane Kost, die ebenso schmackhaft und vielfältig sein kann.*

#### Themenbereich Tierschutz

---

12. Im Jahr 2002 wurden Tier- und Umweltschutz mit dem Artikel 20a in das Grundgesetz aufgenommen. Nichtsdestotrotz gibt es, 11 Jahre nach der Einführung, bislang keine Lösung zur Frage der Verbandsklage im Bereich des Tierschutzes. Bisher hat lediglich Bremen eine Tierschutzverbandsklage eingeführt. Eine Klagewelle oder unverhältnismäßige Klagen, die Gegner einer solchen Verbandsklage als Argumente ins Feld führen, sind bislang nicht zu beobachten. Vielmehr ist festzustellen, dass Tierschutzverbände verantwortungsvoll mit Ihrem Klagerecht umzugehen wissen. Wird sich Ihre Partei daher nach der Bundestagswahl für eine bundesweite Regelung zur Tierschutzverbandsklage für entsprechend akkreditierte Tierschutzorganisationen einsetzen? Welche Form der Verbandsklage streben Sie an?

*Eine „Klagewelle“ ist beim Verbandsklagerecht im Umwelt- und Naturschutz wirklich nicht zu beobachten. Das wäre aber für DIE LINKE ohnehin kein entscheidendes Gegenargument. Ausschlaggebend ist vielmehr, dass jede Tierhalterin und jeder Tierhalter zurzeit gegen zu hohe Tierschutzaufgaben klagen kann, aber niemand gegen zu geringe. Damit entzieht sich der Staat seiner Verantwortung gegenüber den Tieren und verletzt damit Artikel 20a GG. DIE*

*LINKE hat in der zu Ende gehenden Wahlperiode ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände und –stiftungen gefordert. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen. Die Behörden müssen dabei die Möglichkeit bekommen, im Fall von erfolgreichen Klagen bereits erteilte Genehmigungen kassieren zu können. Daher müssen auch im Tierschutzbereich Anfechtungsklagen zulässig sein, nicht nur Feststellungsklagen ohne aufschiebende Wirkung.*

## Themenbereich Europa

---

13. Vertreter fast aller im Bundestag vertretenen Parteien haben sich gegen die Einbeziehung der Wasserversorgung in die EU-Dienstleistungskonzessionsrichtlinie ausgesprochen. Wie wird sich Ihre Partei konkret nach der Bundestagswahl dafür einsetzen, dass die Wasserversorgung auch in Zukunft in kommunaler Hand bleiben kann?

*DIE LINKE hat sich an der Mobilisierung des Widerstands gegen die Einbeziehung der Wasserversorgung in der Richtlinie sowohl in als auch außerhalb der Parlamente von Anfang an stark gemacht. Wir begrüßen es, dass 1,5 Millionen Unterschriften zur ersten erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative (EBI) "Right2Water" geführt haben. Das zeigt, wie wichtig das Thema ist: Die Privatisierung der Daseinsvorsorge und erst Recht bei natürlichen Ressourcen ist der falsche Weg – nicht nur beim Wasser. Allerdings ist weiterhin Skepsis angesagt - bis der Richtlinienentwurf im Detail bekannt ist und auch darüber hinaus. Mit dem aktuellen Richtlinienentwurf wird immer noch massiv in die kommunale Selbstverwaltung eingegriffen. Vergessen werden darf auch nicht, dass Wasser weiterhin ein Spekulationsobjekt bleiben wird. Mit dem Privatisierungs- und Kürzungswahn der neoliberalen Regierenden in der EU wird die öffentliche Daseinsvorsorge Stück für Stück zum Privatgut multinationaler Konzerne, die statt Gemeinwohlinteressen vor allem Profitmaximierung im Sinn haben.*

14. Der Entwurf einer Saatgutverordnung der EU-Kommission hat viel Widerspruch ausgelöst. Hobbygärtner, Landwirte und Naturschützer befürchten, dass in Zukunft nur noch die zertifizierten Saaten einiger großer Hersteller legal ausgebracht werden können und die Artenvielfalt von Lebensmittelpflanzen bedroht ist. EU-Kommissar Tonio Borg sieht hingegen wichtige Fortschritte für die Lebensmittelsicherheit. Welche Position hat Ihre Partei zur Saatgutverordnung im Besonderen und zu Zulassungs- und Zertifizierungspflichten von Saatgut (insbesondere von traditionellen und regionalen Sorten, aber auch von neu entwickelten Sorten, die nicht für den Massenmarkt bestimmt sind) im Allgemeinen?

*Aus Sicht der LINKEN ist eine einheitliche Regulierung des EU-Saatgutmarktes sinnvoll. Wer eine Sorte EU-weit in Verkehr bringen will, muss sie entweder national oder in einem Unionsregister eintragen lassen. Saatgut hat eine zentrale Bedeutung zur Ernährungssicherung. Käuferinnen und Käufer vertrauen darauf, dass das erworbene Saatgut qualitativ hochwertig und sortenrein ist. Gleichzeitig müssen solche Regelungen aber strikt am öffentlichen Interesse und am Verbraucherschutz orientiert sein. Das heißt, die Vermehrung alter Sorten muss weiter möglich sein und die Monopolisierungstendenz des Saatgutmarktes muss zurückgedrängt werden. Schon jetzt haben Firmen wie Monsanto viel*

*zu viel Macht über eine wichtige Grundlage unseres Lebens. Schon jetzt gehört jede zweite Blumenkohl-Sorte dem US-Agrarkonzern. Daher müssen die Auswirkungen des Verordnungsentwurfes auf die biologische Vielfalt, auf den Erhalt genetischer Vielfalt und auf die Arbeit der Erhaltungsorganisationen in den kommenden Monaten kritisch beleuchtet werden. Neben den rechtlichen Regelungen gehört zum Erhalt der Agrobiodiversität mehr, als den Aktiven nicht nur keine Steine in den Weg zu legen. Die biologische Vielfalt muss politisch gefördert werden, beispielsweise durch die Einrichtung ökologischer Vorrangflächen im Rahmen der EU-Agrarpolitik. Oder durch die Besserstellung von Blümmischungen zur Verwendung in Biogasanlagen.*